

Jürgen Schröder (Greifswald)

## Rudolf Lindau (1888-1977)

Der Nachruf des Zentralkomitees der SED auf den Verstorbenen und die Beisetzung in der "Gedenkstätte der Sozialisten" in Berlin-Friedrichsfelde waren ebenso ehrenvoll wie nichts-sagend und boten das gewohnte Bild.<sup>1</sup> Dabei war der Zugrabegetragene gleichermaßen wichtiger Zeuge wie Akteur des wechselvollen Weges der kommunistischen Bewegung in Deutschland von ihren Anfängen an.

Paul Rudolf Lindau stammt aus bitterarmen Verhältnissen. Als sechstes Kind des Sattlers und Tapezierers Walter Hermann Wilhelm Lindau und der Wäscherin Henriette Dorothea Sidonia Lindau, geborene Rindermann, am 28. März 1888 in Riddagshausen bei Braunschweig geboren, besuchte er acht Klassen der Volksschule in Braunschweig und Hildesheim. Ungelernt arbeitete er in den verschiedensten Berufen, bis er im November 1907 nach Hamburg kam und bei Blohm & Voß begann. Schon 1904 Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes geworden, schloß er sich zwei Jahre später der SPD an. Aktiv arbeitete er in der sozialdemokratischen Jugendbewegung mit; er zählte zu den Mitbegründern der Hamburger Ortsgruppe des "Verbandes junger Arbeiter und Arbeiterinnen", nach der durch das Reichsvereinsgesetz erzwungenen Vereinigung mit dem parteioffiziellen "Jugendbund" (1908) war er Stadtteilvertreter und Jugendvertreter in der Unterkommission für die Jugendbewegung in der "Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen" in Hamburg-Altona.<sup>2</sup>

1910 wurde Lindau hauptamtlicher Angestellter der Hamburger SPD, 1910/11 - wie er später schrieb<sup>3</sup> - "Privatsekretär" bei Dr. Heinrich Laufenberg, dem damals 38jährigen prominenten Sozialdemokraten. Der Autodidakt - er hatte 1909/10 im Arbeiterbildungswesen lediglich Kurse in Politökonomie (sein Lehrer war Laufenberg selbst<sup>4</sup>) und Stilkunde absolviert - half diesem bei der Abfassung seiner Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung, wofür Laufenberg ihm ausdrücklich dankte.<sup>5</sup> Das besondere historische Interesse blieb seither bestimmend, aber auch Laufenberg's zunehmend radikale Position hatte auf den jungen Lindau prägenden Einfluß. Dies galt auch für Paul Frölich, der 1910 in die Redaktion des parteieigenen "Hamburger Echo" eingetreten war; Lindau war hier ebenfalls als Bericht-erstatte für Streik- und Gewerkschaftsfragen tätig.

Schon vor Ausbruch des Krieges war Rudolf Lindau über die grundsätzliche Frage, ob die Jugendorganisation als reine Bildungs- und Unterhaltungsinstanz oder als Vorschule für den

---

1 Vgl. Neues Deutschland, 19.10.1977; 29./30.10.1977.

2 Vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), NY 4006/1; 0430/IV 2/11/V-2552.

3 Vgl. ebd., 0430/IV 2/11 V-2552.

4 Vgl. Schult, Johannes: Die Hamburger Arbeiterbewegung als Kulturfaktor. Ein Beitrag zur Hamburger Kulturgeschichte, Hamburg 1954, S. 96. Schult hebt hervor, daß die Teilnehmer an Laufenberg's Kursus "von ihm eine ausgezeichnete marxistische Schulung" erhielten.

5 Vgl. Laufenberg, Heinrich: Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung, Bd. 1, Hamburg 1911. In kurzer Zeit wurden 6000 Exemplare abgesetzt. Franz Mehring würdigte Laufenberg's Buch in einer Rezension als "durch und durch marxistisch" und als "Quelle reicher Belehrung"; vgl. Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Bd. III (1913), S. 317-319.

Klassenkampf wirken sollte, in einen scharfen Konflikt mit der Leitung der "Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen" geraten. Lindau, selbst erklärter Gegner einer politisch "neutralen" Jugendpflege, wurde vorgeworfen, die Arbeiterjugend in das Fahrwasser der radikalen Richtung in der Sozialdemokratie ziehen zu wollen.<sup>6</sup> Lindaus Verwurzelung in der Jugendbewegung machte ihn nach dem 4. August 1914 zum "gegebenen Mittelsmann zwischen der Oppositionsbewegung in der Partei und der Jugendorganisation"<sup>7</sup>, in der er vor allem systematische Antikriegsarbeit leistete. Nach der parteioffiziellen Auflösung des "Jugendbundes" im März 1916 war er maßgeblich an der Gründung der "Freien Jugendorganisation von Hamburg-Altona" beteiligt.<sup>8</sup> Inzwischen hatte er sich den Hamburger Linksradikalen angeschlossen, die unter Führung von Laufenberg und Fritz Wolffheim zu den entschiedensten Gegnern der offiziellen Parteipolitik gehörten; er selbst bezeichnete sich als "Mitglied der Leitung der Linksradikalen in Hamburg".<sup>9</sup> Zweifellos spielte Lindau hier nach der Einberufung Laufenberg und Wolffheims zum Militärdienst 1915 eine entscheidende Rolle: Als Vertreter Hamburgs nahm er an der Reichskonferenz der Gruppe "Internationale" am 1. Januar 1916 in Berlin teil. Gemeinsam mit dem Vertreter der Bremer Linksradikalen, Johann Knief, erhob er Einwände gegen die vorgelegten "Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie" und trat - im Sinne Lenins - für die sofortige Gründung einer eigenen linksradikalen Partei auf.<sup>10</sup> Dies charakterisierte auch seine Aktivitäten innerhalb der Hamburger Opposition.<sup>11</sup> In ihm sah die Polizei den eigentlichen Drahtzieher des "aufhetzenden Treibens" unter den Jugendlichen; der Gestellungsbefehl am 1. September 1916 folgte auf dem Fuße.<sup>12</sup>

Die nächsten zwei Jahre verbrachte Rudolf Lindau als Armierungssoldat an der Westfront. Die Kontakte zu den Hamburger Genossen werden gering gewesen sein, auch wenn seine Frau Auguste nun zu den aktivsten Mitgliedern der ca. 200 Mitglieder zählenden Grup-

6 Vgl. Ullrich, Volker: Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19. Bd. 1: Geistes- und sozialwissensch. Dissertationen 37/1, Hamburg 1976, S. 181f.

7 Ebd., S. 181.

8 Vgl. ebd., S. 315ff.

9 SAPMO-BArch, 0430/IV 2/11/V-2552.

10 Vgl. Bericht Rudolf Lindaus über die Reichskonferenz der Linken am 1. Januar 1916, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II: 1914-1945. Bd. 1: Juli 1914 - Oktober 1917, Berlin 1958, S. 283f.

11 Vgl. dazu Ullrich, Hamburger Arbeiterbewegung, (Anm. 6), S.312f.: "Im Unterschied zu Parteiorten wie Berlin und Bremen, wo die Linke über eine starke organisatorische Basis verfügte und zu einer deutlichen Abgrenzung von der 'zentristischen' Richtung gelangt war, steckte der ideologische Klärungsprozeß in der Hamburger Oppositionsbewegung erst in den Anfängen. Ansätze zu einer Differenzierung lassen sich allerdings erkennen, wenn man die Positionen von Carl Herz und Rudolf Lindau, den beiden Hauptexponenten der Hamburger Opposition im Jahr 1916 miteinander vergleicht. Herz' Vorstellungen deckten sich im wesentlichen mit denen der Haase-Ledebour-Gruppe. [...] Demgegenüber nahm Lindau unter dem Einfluß der Bremer Linken um Johann Knief bereits entschiedenere Positionen ein. [...] Trotz beginnender Differenzierung kann jedoch für 1916 noch nicht von zwei klar geschiedenen Richtungen innerhalb der Hamburger Opposition gesprochen werden."

12 Vgl. ebd., S. 348.

pe gehörte; sie hielt auch Verbindung zur Spartakuszentrale in Berlin.<sup>13</sup> Die formale Konstituierung der Organisation Ende Februar 1917 ("Internationaler Sozialistischer Arbeiterverein") erfolgte ohne aktives Zutun Lindaus, auch an der nachfolgenden Entwicklung hatte er keinen Anteil; er kehrte erst Mitte November 1918 von der Front zurück. Inzwischen hatte sich für Hamburg-Altona ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, dessen Präsident Laufenberg war, und dessen Pressestelle nun Rudolf Lindau übernahm.<sup>14</sup>

Die erneute Linksentwicklung im Frühjahr 1919 hatte für die Hamburger Ortsgruppe der KPD, deren Sekretär Lindau war, zur Folge, daß sich hier vorhandene "ultralinke" Positionen verstärkten, so daß die radikalisierten Arbeiter in ihrer überwiegenden Mehrzahl nicht unmittelbar zur KPD übergingen, sondern in der USPD die organisatorische Alternative zur SPD sahen. Hinzu kam die organisatorische Schwäche der Hamburger Linksradiكالen bzw. Kommunisten aufgrund der erlittenen Verfolgungen im Krieg und der seit Januar 1919 neu einsetzenden Repression; erst von Mai bis zum Sommer 1919 konnte sie regelmäßig eine eigene Zeitung, die "Kommunistische Arbeiterzeitung", herausgeben. Einziger Redakteur war Rudolf Lindau.<sup>15</sup> Mit Vehemenz bekämpfte er die "nationalbolschewistische" Richtung Laufenberg/Wolffheim<sup>16</sup> bis zur Spaltung der Hamburger Ortsgruppe der KPD Ende Februar 1920; von den insgesamt 3000 Mitgliedern verblieben lediglich 300 unter Führung Lindaus bei der KPD.<sup>17</sup> Er wurde Sekretär und Wanderredner des Bezirkes Wasserkante bis zum Vereinigungsparteitag mit der linken USPD im Dezember 1920, Pol.Sekretär des Bezirkes Wasserkante der VKPD, danach Redakteur der "Hamburger Volkszeitung". Seine Veröffentlichungen bezeugen seinen Realitätssinn und sein Parteiverständnis. Scharf ging er mit der "Märzaktion" (1921) in Hamburg ins Gericht: "Die Kunst, kommunistische Politik in die Massen zu

13 Vgl. ebd., S. 432, 609; Bd. II, S. 194 (Anm. 33), S.195 (Anm. 42), S.201 (Anm. 26). - Auguste Helme geb. 23.1.1893, war seit 1912 mit Rudolf Lindau verheiratet, vgl. ebd., S. 150 (Anm. 8), S. 152 (Anm. 25). Diese Ehe wurde wahrscheinlich Anfang der zwanziger Jahre geschieden.

14 Vgl. SAPMO-BArch, 0430/IV 2/11 V-2552; vgl auch: Lindau, Rudolf: Während der Novemberrevolution in Hamburg, in: Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/19, Berlin 1958, S. 249ff.

15 Vgl. Ullrich, Hamburger Arbeiterbewegung, (Anm. 6), S. 723 u. Bd. II, S. 263 (Anm. 44).- Die erste Nummer der "Kommunistischen Arbeiterzeitung", bereits von Lindau redigiert, erschien am 25.2.1919. Sie mußte jedoch aufgrund finanzieller Schwierigkeiten vorübergehend ihr Erscheinen wieder einstellen; vgl. Lindau, Rudolf: Eigentlich hatte ich Angst vor dem täglichen Schreiben, in: Theorie und Praxis. Beilage der Zeitschrift Neue Deutsche Presse, 9/1974, S.5.

16 Am 4.12.1974 schrieb der inzwischen 86jährige Lindau in einem Brief darüber: "Es ist Laufenberg (übrigens ein ehemaliger, von Familie, Zentrumsmann, von den Pfaffen). Die Hamburger SPD hat sich von ihm ihre Geschichte schreiben lassen. Ich war 'Sekretär'! 1914 wurde Laufenberg 'radikal'. - 1916 (Soldat), Vors. des A.-u.S.-Rates, Konjunktur, hinter sich nur unser Grüppchen und die Sympathie der USPD-Massen. Fünfminutenbrenner. Bis Januar 1919. Bald darauf 'Nationalbolschewist'. Krach mit uns, wir zeitweilig Minderheit. Dann Laufenberg wegen 'Hochverrats' (...Intrige der Justiz) zu Festung verurteilt. Von Gollnow schrieb er Artikel für die 'Komm. Arbeiterzeitung' unter 'Erler'. Ich schrieb Antwortartikel. Doller Zustand. Geplatzt! Die Zeitung blieb in Hand der Laufenerger (Juristisch). Wir fingen wieder von vorne an. [...] Im März 20 (verspätet mit Zustimmung ZK, Pieck) Spaltung. - Als Kapp losschlug, erklärte (Flugblatt) Laufenberg-Wolffheim 'Generalstreik ist Generalunsinn'. Und dann ging es geschwind abwärts, die Nationalbolschewisten konnten sich in einer Wohnstube versammeln. Erinnerungen eines alten Mannes.", in: SAPMO-BArch. NY 4006/29.

17 Vgl. Ullrich, Hamburger Arbeiterbewegung, (Anm. 6), Bd. II, S. 265 (Anm. 64).

treiben, läßt sich nicht aus Büchern lernen. Zu ihr gehört neben offensivem Willen - der ersten Voraussetzung - eine möglichst gründliche Kenntnis der Massen, ihrer Schichtung nach Betrieben, der Stärke der kapitalistischen Gegner, der S.P.D., der Gewerkschaftsbürokratie, und so fort bis zu den Details in Betrieb, Gewerkschaft und Wohnbezirk, die den Fraktionen und Wohnbezirksorganisationen vertraut sein müssen. [...] Welche Lehren ergeben sich nun für die VKPD im Hamburger Bezirk? Allgemein: straffere Zusammenfassung der Partei, politisch und organisatorisch. Engere Fühlung mit den Betrieben. Ausbau der Organisation im Geiste der Parteisatzungen. Ständige und engste Verbindung zwischen Partei und kommunistischen Erwerbslosen, an der es sehr mangelte. Forcierung der Arbeit in den Gewerkschaften und dort weniger Kampf um Positionen in der Organisation, als revolutionäre Ausnutzung, Ausweitung und Vertiefung aller Konflikte mit dem Unternehmertum."<sup>18</sup>

Als "schwankender" Linker<sup>19</sup> erhielt Lindau auf dem VIII. Parteitag der KPD in Leipzig (28.1.-1.2.1923) mit 195 die höchste Stimmenzahl bei der Wahl zur Zentrale<sup>20</sup>; er kehrte nun nicht mehr nach Hamburg zurück. Von Mai 1923 bis April 1924 war er als Mitarbeiter des wichtigen Org.büros der KPD tätig.<sup>21</sup> Er machte sich insbesondere die Losung der "Bolschewisierung" der Partei zu eigen. Die Herausgabe des Funktionärsorgans "Der Parteiarbeiter" 1923 ging maßgeblich auf Lindaus Initiative zurück; er war auch der erste Redakteur. Unter dem Pseudonym "Hohmann" erarbeitete er im Dezember 1923 "Richtlinien zur Reorganisation der Partei".<sup>22</sup> Er beteiligte sich an der Debatte über "Parteikandidaten"<sup>23</sup> und trat besonders für die Umstellung der Parteiarbeit auf Betriebszellen ein.<sup>24</sup> Damit wies er sich bereits mit Nachdruck als Anhänger der Mittelgruppe aus. Für diese hielt er auch auf dem Bezirksparteitag Nordwest am 16. März 1924 das Referat und hatte besonderen Anteil daran, daß die linke Opposition hier auf den schärfsten Widerstand stieß.<sup>25</sup> Auch auf dem Frankfurter Parteitag (7.-10.4.1924) gehörte er zu dieser Gruppierung.<sup>26</sup>

18 SAPMO-BArch, NY 4006/2.

19 Vgl. Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1969, Bd. 1, S. 44.

20 Vgl. Bericht über den III. (8.) Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923. Hrsg. von der Zentrale der KPD, Berlin 1923, S. 382. - Lindau setzte sich auf dem Parteitag für die Schaffung eines "Funktionärsorgans" ein, betonte die "politische Bedingtheit organisatorischer Fragen" und unterstützte den Antrag des Bezirkes Wasserkante, daß möglichst die gesamte Parteiliteratur in den Parteidruckereien hergestellt wird; vgl. ebd., S. 241f.

21 Neben Lindau gehörten in dieser Zeit dem Org.büro Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Georg Schumann und Ottomar Geschke an. Lindau war auch Mitglied der insgesamt 19köpfigen "Ständigen Organisations-Kommission", die besonders "an der Förderung des Org.aufbaus in den Bezirken" mitwirken sollte; vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/4/13.

22 Vgl. ebd.

23 Vgl. Sollen wir Parteikandidaten schaffen? Von Hohmann, in: Die Fahne der Revolution, Zentralorgan der KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale), Nr. 13, Februar 1924.

24 Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/4/34.

25 Vgl. Weber, Wandlung, (Anm. 19), Bd. 1, S. 76.

26 In seinem Lebenslauf vom 2.12.1949 schrieb er dazu: "Bei den Parteaueinandersetzungen über den Oktober 1923 und auf dem Frankfurter Parteitag mit Walter Ulbricht, Walter Stoecker, Wilhelm Koenen und anderen in der 'Mittelgruppe'", in: SAPMO-BArch, 0430/IV 2/11 V-2552.

Im Mai 1924 erhielt Rudolf Lindau das Reichstagsmandat für den Wahlkreis 14 (Weser-Ems), nachdem Wilhelm Deisen, der zunächst am 4. Mai 1924 gewählt worden war, zurückgetreten war.<sup>27</sup> Doch noch vor Eröffnung des neuen Reichstags wurde Lindau als Mitglied der Zentrale von 1923 festgenommen. Die anschließende Untersuchungshaft in Berlin-Moabit mag ihn vor Funktionsentzug "bewahrt" haben, denn sofort nach dem Frankfurter Parteitag hatte die neue linke Führung begonnen, den gesamten Apparat der KPD umzubauen und die hauptamtlichen Funktionen mit ihren Anhängern zu besetzen, was besonders hart die Mitglieder der Mittelgruppe traf. Der während seiner Haftzeit tagende X. Parteitag der KPD (12.-17.7.1925) sandte Solidaritätstelegramme an die gleichfalls einsitzenden Arkadij Maslow, Hugo Urbahns und Max Hoelz, nicht jedoch an Rudolf Lindau.<sup>28</sup> Lindau nutzte die Zeit und schrieb in Moabit unter dem Pseudonym "Karl Walther" eine kluge und hilfreiche Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Justiz, die in der Zeitschrift "Die Internationale" veröffentlicht wurde.<sup>29</sup>

Als Lindau schließlich - als letzter der damals Inhaftierten - im Dezember 1925 entlassen wurde, hatte sich freilich im Gefolge des am 1. September 1925 veröffentlichten "Offenen Briefes" der Komintern die innerparteiliche Lage gründlich verändert. Im Sinne ihres Kaderrevirements sollte der Parteiapparat - insbesondere nach der I. Reichsparteikonferenz (31.10.-1.11.1925) - einheitlich auf die neue Linie der Thälmann-Dengel-Führung ausgerichtet werden; Rudolf Lindau als ehemaliger Mittelgruppenfunktionär mit hohem persönlichen Ansehen gerade im Bezirk Wasserkante schien daher gut geeignet für die Funktion des Pol.Leiters, die er Anfang 1926 in diesem wichtigen Parteibeizirk übernahm. Thälmann indessen dürfte mit dessen Beharrlichkeit nicht gerechnet haben. Persönlich integer, trat Lindau energisch gegen Korruption und Mißwirtschaft auf und wurde deshalb im Februar 1927 auf Betreiben Thälmanns wieder abgesetzt. August Thalheimer, Jacob Walcher, Albert Schreiner, Max Köhler, Paul Frölich und August Enderle als führende Vertreter der Parteirechten nutzten dies in ihrem Kampf gegen die Thälmann-Führung. Am 10. Oktober 1928 schrieben sie an die Exekutive der Komintern: "Die Korruption im Hamburger Parteiapparat, ihre Begünstigung und Deckung durch Thälmann datiert nicht erst seit diesem Jahre. Der frühere Sekretär des Hamburger Bezirks, Rudolf Lindau, hat bereits in den Jahren 1926-27 14 der engsten politischen Freunde Thälmanns wegen Korruption aus der Partei ausgeschlossen, z.B. den Borstel, Köppen, Rosendahl, Möller. Als Lindau aber an die allerengste Umgebung Thälmanns in Hamburg herankam, wurde er vom ZK, d.h. von Thälmann abberufen und an seine Stelle trat Wittorf, der Held des letzten Hamburger Skandals als besonderer Vertrauensmann von Thälmann."<sup>30</sup>

Lindau kehrte nach Berlin zurück und wurde als ZK-Mitarbeiter in der Agit.prop.Abtteilung für das Ressort Presse verantwortlich gemacht. Gleichzeitig war er Redakteur des Organs der Revolutionären Gewerkschaftsopposition "Der Kampf".<sup>31</sup> An seine früheren her-

27 Vgl. M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. Eine biographische Dokumentation. Hrsg. u. eingel. von Martin Schumacher, Düsseldorf 1991, S. 812.

28 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der KPD, Berlin 1926, S. 282.

29 Vgl. Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, H. 11/1925, S. 682-685.

30 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/5/19.

31 Vgl. ebd., 0430/IV 2/11 V-2552.

ausgehobenen Positionen innerhalb der Parteiführung konnte der zu dieser Zeit erst 39jährige nicht mehr anknüpfen. Es war wohl kein Zufall, daß Rudolf Lindau in der ersten Phase der Entwicklung der Partei, von 1919 bis 1923, seine beste Zeit hatte. Kennzeichnend für den frühen deutschen Kommunismus, hatte er jedes "Establishment" bekämpft; seine linksradikalen Anfänge beschrieb er später so: "Einig war man sich in dem Willen, die Parteibürokratie [...] rücksichtslos zu bekämpfen".<sup>32</sup> Rudolf Lindau ist ein Beispiel dafür, daß "der revolutionäre Enthusiasmus dieser Richtung [...] in der revolutionären Nachkriegskrise noch offen auf[trat], [...] aber in den zwanziger Jahren [verschwand]".<sup>33</sup> Zweifellos entsprach die bolschewistische Ausrichtung der jungen KPD, ihre straffe Disziplinierung und Zentralisierung seinem radikalsozialistischen Parteiverständnis; ob dies auch für den von 1924 bis 1929 mit drastischer Apparatherrschaft und bürokratischer Entartung einhergehenden Stalinisierungsprozeß zutrifft, muß dahingestellt bleiben. Tatsache ist jedoch, daß mit zunehmender Stalinisierung der Partei Einfluß Rudolf Lindaus sank. Zunehmende Erstarrung des innerparteilichen Lebens einschließlich der wachsenden Negierung des von ihm hochgeschätzten Prinzips von Kritik und Selbstkritik, der anschwellende Führerkult um Thälmann, all das kann ihm nicht gleichgültig gewesen sein. Aber er war "Berufsrevolutionär" und "Parteisoldat" genug und in Treue und Disziplin der Partei verbunden, als daß er sich offen aufgelehnt hätte. Und dann gehörte er im Apparat schon zu den "Fachleuten", die zum einen schwer entbehrlich, zum anderen von der Partei materiell abhängig waren. Schließlich empfand er sich zweifellos als einer der "Gründerväter" der zur Massenpartei gewordenen KPD. Jedenfalls scheint er sich aus allen innerparteilichen Auseinandersetzungen der folgenden Jahre herausgehalten zu haben; dabei dürfte ihm seine besondere Neigung zur Geschichtsschreibung zugute gekommen sein. Er wurde Redakteur der "Illustrierten Geschichte der Deutschen Revolution", die im Frühjahr 1929 erschien.<sup>34</sup>

Möglicherweise im Zusammenhang mit einer neuen Säuberung 1930<sup>35</sup> wurde Rudolf Lindau in die Provinz geschickt: Von August 1930 bis Dezember 1931 war er Chefredakteur des "Kämpfer" in Chemnitz, danach bis 1933 des "Illustrierten Volksechos" für Sachsen in Leipzig und Dresden.

Nach dem Verbot der KPD und der Verhaftung Fritz Selbmanns am 11. April 1933 arbeitete Rudolf Lindau in der KPD-Bezirksleitung Sachsen, nach der Dezentralisierung im August/September 1933 bildete er zusammen mit Rolf Axen, nach dessen Verhaftung, mit Otto Heinig sowie Heinz Dose die illegale Bezirksleitung Ostsachsen in Dresden. Lindau war unter dem Decknamen "Toni" für den Agit.Prop.Bereich zuständig; er war unter anderem verantwortlich für das Erscheinen der illegalen "Arbeiterstimme".<sup>36</sup> Nachdem sich Ende

32 Zitiert in: Ullrich, Hamburger Arbeiterbewegung, (Anm. 6), S. 178.

33 Weber, Wandlung, (Anm. 19), Bd. 1, S. 14.

34 In der von Klaus Kinner 1982 veröffentlichten Monographie "Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933. Geschichte und Politik im Kampf der KPD", Berlin (Ost), wurde zwar auf die Herausgabe der "Illustrierten Geschichte" hingewiesen, aber die Redakteurstätigkeit Lindaus nicht erwähnt (S. 261). Er gehörte auch nicht zu den vom Autor befragten "ehemaligen Funktionären und Mitgliedern der KPD" (S. 11).

35 Vgl. Weber, Wandlung, (Anm. 19), Bd. 1, S. 289.

36 Rudolf Lindau 1946 darüber: "Wir gaben etwa alle 14 Tage etwa 1000 Exemplare der vervielfältigten 'Arbeiterstimme' heraus und zählten noch am Jahresende 1933 ca. 700 abrechnende Mitglieder", in: SAPMO-BArch, RY 1/12/3/92.

1933 die Anzeichen mehrten, daß die Gestapo den Kreis um die Leitung immer enger zog und Lindau in Dresden einem Zugriff nur knapp entgehen konnte<sup>37</sup>, fiel nach einem Gespräch mit Herbert Wehner Anfang Januar 1934 in Berlin die Entscheidung über die Abberufung. "Lindau [...] sollte auf meinen Vorschlag nach Südwestdeutschland, oder er sollte, wenn er das nicht wollte, mit uns in Berlin arbeiten. Er schlug beides ab und wünschte, ins Ausland zu fahren, weil er sich physisch und psychisch der weiteren Arbeit im Lande nicht gewachsen fühlte. Er meinte, er könne der Partei besser dienen, wenn er in Moskau an seiner parteigeschichtlichen Arbeit weiterarbeiten könnte."<sup>38</sup> Hinzu kommt, daß Lindau inzwischen von der Hinrichtung seines erst 21jährigen Sohnes Rudolf am 10. Januar 1934 in Hamburg erfahren hatte.<sup>39</sup> Im Februar 1934 gelangte er mit Unterstützung von Siegfried Rädcl in die Tschechoslowakei und Ende April 1934 in die Sowjetunion.<sup>40</sup> Am 22./23. August 1938 wurde Rudolf Lindau offiziell aus Deutschland ausgebürgert.<sup>41</sup>

Unter dem Decknamen "Rudolf Grätz" begann er nun eine Lehrtätigkeit am deutschen Sektor der Moskauer Internationalen Lenin-Schule.<sup>42</sup> Daneben arbeitete er propagandistisch und parteigeschichtlich; seine noch 1934 fertiggestellte Arbeit mit dem Titel "Die KPD im Zweifrontenkampf, im Kampf um die Bolschewisierung in der III. Periode der Nachkriegsentwicklung (1928-33)" entsprach ganz der herrschenden Apologetik, den Kampf gegen die Parteirechten darzustellen.<sup>43</sup> Er wurde Mitglied einer vom Politbüro am 19. April 1935 eingesetzten zwölfköpfigen Agit.Prop.Kommission, die unter der Leitung Wilhelm Piecks stand und deren Sekretär Erich Birkenhauer war.<sup>44</sup> Aufgabe der Kommission sollte es sein, politische Probleme für die Behandlung im Politbüro, in der Presse und in den Zeitschriften vor-

37 Vgl. ebd., RY 1/I2/3/123.

38 Wehner, Herbert: Zeugnis. Hrsg. v. Gerhard Jahn, Bergisch-Gladbach 1985, S. 110; vgl. auch: Schreier, Israel: Zum Kampf der KPD gegen den faschistischen deutschen Imperialismus im Bezirk Dresden (Ostsachsen) 1933-35. Diss. Leipzig/Meißen 1965, S. 102ff. - Schreier, der im übrigen mit dem damals noch rüstigen Lindau offensichtlich keinen Kontakt hatte, schreibt weiter: "Nachdem die Partei in Ostsachsen, vor allem in Dresden, Ende 1933 stark dezimiert worden war, übernahm Genossin Anni Sindermann die restliche Parteiorganisation in Dresden. Genosse Rudolf Lindau übergab ihr damals die Leitung der Organisation", in: Ebd., S. 110.

39 Der Sohn Rudolf Lindau war beschuldigt worden, als Funktionär des KJV vor 1933 am "Altonaer Blutsonntag" SA-Leute erschossen zu haben und wurde am 30.12.1933 zum Tode verurteilt. Zur Biographie vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/44; Deutsche Widerstandskämpfer 1933-1945. Biographien und Briefe, Bd. 1, Berlin(Ost) 1970, S. 596; vgl. auch: Meyer, Gertrud: Nacht über Hamburg. Berichte und Dokumente, Frankfurt a.M. 1971, S. 36. - Liselotte Schlachcis, die Braut von Rudolf Lindau jun., wurde 1941 als Mitarbeiterin der Abschnittsleitung Nord der KPD in Kopenhagen verhaftet und zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 17.12.1942 wurde sie nach Auschwitz deportiert und ist dort umgekommen; vgl. ebd., S. 86f.

40 Vgl. SAPMO-BArch, 0430/ IV 2/11 V-2552; Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Bd. I: Politik, Wirtschaft, öffentliches Leben. München/New York 1980, S. 446.

41 Vgl. M.d.R., (Anm. 27), S. 367.

42 Vgl. Herlemann, Beatrix: Der deutschsprachige Bereich an den Kadernschulen der Kommunistischen Internationale, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 18 (1982), S. 221.

43 Vgl. SAPMO-BArch, NY 4006/3.

44 Weitere Mitglieder waren: Wilhelm Florin, Heinrich Meyer (Most), Edwin Hoernle, Wilhelm Kropp (Keller), Christoph Wurm (Werner), Hoffmann (Turner), Paul Langner (Bremer), Fritz David; vgl. ebd., NY 4036/786.

zubereiten. Die Kommission trat erstmals am 25. April 1935 zusammen und tagte insgesamt viermal. Von den zehn Schwerpunkten war Lindau (zusammen mit Birkenhauer) für die komplexe "Rolle der Sozialdemokratie" sowie "Probleme der Einheitsfront" verantwortlich. Die Arbeit der Kommission wurde durch die Vorbereitung des VII. Weltkongresses (25.7.-20.8.1935) sowie der Brüsseler Parteikonferenz (3.-15.10.1935) unterbrochen. Nach Beratungen im Sekretariat des EKKI im Januar 1936 trat an die Stelle der Kommission eine Arbeitsgemeinschaft, die keinerlei "parteiorganisatorische Befugnisse" mehr haben, sondern "nur dem Zwecke der Erörterung politischer Probleme und der Information über die Arbeit der Partei" dienen sollte. Auf diese Weise sollten "die in Moskau befindlichen deutschen Parteimitglieder als eine Art Kaderreserve geschult werden." Interessant ist auch die weitere Begründung: "Auch sollten dadurch die Genossen, die in Auswirkung früherer von ihnen gemachter Fehler und in Auswirkung der Differenzen in der Parteiführung beiseite gestellt waren (Richter, Schweitzer, Knoth, Bloch - Remmele, Neumann, Süßkind, Heinrich) wieder etwas mehr zur Arbeit herangezogen werden."<sup>45</sup> Der Arbeitsgemeinschaft gehörten insgesamt 37 Mitglieder an, davon ein "Engerer Kreis" mit 25 sowie ein "Erweiterter Kreis" mit weiteren 12 Mitgliedern. Lindau gehörte - neben den Politbüromitgliedern - unter Position Nr. 10 zum "Engeren Kreis".<sup>46</sup>

Vom 4. April 1936 bis zum 20. Mai 1936 fanden insgesamt vier Sitzungen statt, darunter eine am 9. Mai, auf der eine Kommission zur Ausarbeitung einer Volksfrontplattform beschlossen wurde. Bereits in der ersten Sitzung, in der Pieck referierte, waren Aufträge zur Abfassung von Artikeln erteilt worden, so an Lindau über die "Ausnutzung freiheitlicher Traditionen der Vergangenheit". Lindau wurde auch zusammen mit Wenzel Werner, Willi Bredel und Johannes R. Becher beauftragt, eine "Kampagne gegen die Zerstörung der Grabstätten und des Denkmals in Friedrichsfelde" zu organisieren. Dazu sollten Artikel und eine Broschüre geschrieben sowie der Versuch unternommen werden, "namhafte bürgerliche Intellektuelle für einen Protestaufruf zu gewinnen."<sup>47</sup> Die fünfte und letzte Sitzung der Arbeitsgemeinschaft, in der Fritz David über "Neue Theorien in der deutschen und mitteleuropäischen Sozialdemokratie und Probleme der deutschen Revolution" referierte, fand am 13. Juli 1936 statt.<sup>48</sup> Zehn Tage später wurde Fritz David verhaftet, die Diskussion über sein Referat fand nicht mehr statt, auch keine weiteren Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft. David wurde als angeblicher Trotzkist im Schauprozeß gegen Sinowjew und andere vor Gericht gestellt, am 24. August 1936 zum Tode verurteilt und am folgenden Tag erschossen. Aus den "Fällen" David und Süßkind (der ebenfalls im August 1936 verhaftet und am 3. Oktober 1937 zum Tode verurteilt und erschossen wurde) folgerte Pieck: "Ich glaube, daß es noch eine Reihe von Leuten von der Qualität Süßkinds gibt und die Mitglieder unserer Partei sind, bei denen sich die gleiche Notwendigkeit ergeben wird, sie zu verhaften. Hoffentlich wird dadurch endlich einmal diese Eiterbeule gründlich geleert und ausgebrannt, die sich in der hiesigen Emi-

---

45 Ebd.

46 Vgl. ebd. - Die Arbeitsgemeinschaft bildete 7 Untergruppen: Wirtschaftsfragen, Sozialdemokratie, Faschismus, Kulturfragen, Einheits- und Volksfrontfragen, Sowjetunion, Gewerkschaftsmaterialien. Einer von Pieck geleiteten "Kommission für Aktuelle Probleme" innerhalb der Arbeitsgemeinschaft gehörte auch Lindau an; vgl. ebd.

47 Ebd.

48 Vgl. ebd.

gration gebildet hat. [...] Es wurde eine Kommission eingesetzt, die neben anderen Aufgaben der Säuberung und Sicherung des KI-Apparates und der internationalen Institutionen auch die Umgebung der Führung der KPD und meiner Umgebung nachprüfen soll. Die Kommission hat ihre Arbeit sofort aufgenommen und wir, besonders ich, werden alles tun, um die Kommission bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen."<sup>49</sup> Über Konsequenzen für Lindau ist nichts bekannt, auch nicht, inwieweit er selbst in den einsetzenden Mechanismus von Lüge, Feigheit und Schuld verstrickt war. Doch all dies dürfte ganz nachdrücklich zu seiner weiteren Disziplinierung beigetragen haben. Jedenfalls vollzog er alle politischen Linienänderungen der KPD-Führung in der Sowjetunion mit und zu keinem Zeitpunkt ist ein Widerspruch oder gar ein Aufbegehren seinerseits überliefert.

In die nun folgenden Mühlen Stalinscher Säuberungen der Jahre 1936 bis 1938 geriet Rudolf Lindau nicht, er zählt zu den 18 (von 68) KPD-Funktionären, die in Freiheit blieben.<sup>50</sup> Die Gründe dafür mögen vielfältig sein. Ihm konnte wohl keine wie auch immer geartete Anhängerenschaft von Oppositionsgruppen oder "Abweichlern" nachgewiesen werden, aber nicht wenige Funktionäre hatten sich niemals einer "Abweichung" schuldig gemacht und wurden dennoch ermordet. Auch die vorwiegend theoretische Arbeit war kein Grund, nicht verfolgt zu werden. Für Lindau mögen dessen Lauterkeit, seine politische Biographie, das tragische Schicksal des Sohnes, die enge persönliche Beziehung zu Pieck noch aus früher linksradikaler Zeit, aber auch ein bestimmter persönlicher Draht in die Kominternführung eine Rolle gespielt haben: Seine Frau Eva, geborene Sindermann, war hier als Sekretärin tätig, geriet allerdings auch wegen der familiären Freundschaft zu Hugo Eberlein zeitweilig unter Druck.<sup>51</sup>

Rudolf Lindau blieb Lektor am deutschen Sektor der Lenin-Schule und setzte seine parteigeschichtliche Forschung fort. Bereits am 24. April 1935 hatte er Pieck über Bemühungen informiert, bei der Historischen Abteilung der Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens ein "Kabinett für die Geschichte der KPD" einzurichten sowie an der Lenin-Schule "die Arbeit an der Geschichte der KPD in Verbindung mit den Arbeiten an der Geschichte der Komintern" zu konzentrieren. Er schlug vor, dies in monographischen Einzelschritten im Einklang mit dem Unterricht zu tun, parallel dazu eine Sammlung von parteigeschichtlichen Materialien anzulegen sowie seine eigene Tätigkeit als Lektor so zu begrenzen, "daß die Durchführung der parteigeschichtlichen Arbeit gesichert erscheint".<sup>52</sup> Am 7. Dezember 1935 teilte Pieck mit, daß die Parteiführung beschlossen habe, "eine Kommission zu bilden, die die sofortige Aufnahme der Arbeit für die Geschichte der Kommunisti-

49 Ebd., RY 1/I/2/3/286.

50 Vgl. Weber, Hermann: "Weiße Flecken" in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Frankfurt a.M. 1989, S. 24.

51 Eva Lindau, geb. 6.7.1901, seit Anfang der dreißiger Jahre Lindaus Lebensgefährtin; ein Heiratsdatum war nicht zu ermitteln. "Am Abend nach Hugo Eberleins Verhaftung sprach mich Eva Sindermann, die Frau Rudolf Lindaus, die in der Kaderabteilung tätig war, an, und klagte, wie sie durch Eberleins Verhaftung unvermutet in eigene Schwierigkeiten geraten sei. Erst kürzlich habe sie an Eberleins Geburtstagsfeier in einem engen Kreis teilgenommen, zu der auch Pieck anwesend gewesen war. Pieck habe dort sogar eine kleine Rede gehalten, Eberleins Verdienste gewürdigt und gesagt, nun sei auch der Zeitpunkt nahe, von dem an Eberlein wieder führend in der deutschen Partei mitarbeiten könne. Sie habe doch nicht ahnen können, daß Eberlein kurze Zeit darauf verhaftet werden würde." Vgl. Wehner, Zeugnis, (Anm. 38), S. 244.

52 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/32.

schen Partei in Angriff zu nehmen habe". In diese Kommission "sien zunächst bestimmt Globig, Lindau und Remmele, die gemeinsam und in ständiger Verbindung mit der Parteileitung (Pieck, Florin) die Materialien sammeln und auswerten sollen". Außerdem sollten noch "5 politische und 2 technische Mitarbeiter" beschäftigt werden.<sup>53</sup> Zwei Tage später wandte sich der KPD-Vorsitzende diesbezüglich auch an das Politbüromitglied A. A. Andrejew.<sup>54</sup>

Rudolf Lindau, Fritz Globig und Hermann Remmele firmierten im folgenden als "Kommission für Parteigeschichte". Sie führten - durch Protokolle belegt - bis Februar 1936 wöchentlich Beratungen durch, in deren Mittelpunkt die Erarbeitung einer "Chronik der Arbeiterbewegung in Deutschland" für den Zeitraum vom November 1918 bis zum Frühjahr 1924 stand.<sup>55</sup> Nach Globigs und Remmeles Verhaftung im November bzw. Mai 1937 stand Lindau mit seinem Arbeitsauftrag wieder allein; seinem Arbeitseifer scheint dies keinen Abbruch getan zu haben, ganz im Gegenteil. Anlässlich des KPD-Jubiläums 1938 sandte er an Walter Ulbricht einen umfangreichen "Plan für die Herausgabe von Literatur aus Anlaß des 20jährigen Bestehens der KPD". Von ihm selbst war darin die Publizierung einer Broschüre zur Geschichte der KPD vorgesehen, die er auch - im Umfang von 20 Seiten - im Mai 1938 fertigstellte.<sup>56</sup> 1940 folgte das Manuskript "Die deutsche Arbeiterbewegung von 1848 bis zum Beginn der imperialistischen Epoche. Entwurf einer Einleitung zu einer Geschichte der KPD" (11 Seiten), im Februar 1941 schließlich "Die Arbeiterbewegung im imperialistischen Deutschland 1890-1914" (230 Seiten) sowie dazugehörige Anlagen mit Zitaten, Dokumenten und Statistiken (nochmals 335 Seiten).<sup>57</sup> Diese Arbeit, zusammengestellt unter denkbar komplizierten Bedingungen, zeugt von Lindaus systematischer Arbeitsweise, die sich vorrangig an Fakten und Daten orientierte und dabei vordergründige Agitation vermied. Zugleich hielt er sich streng an die parteioffizielle Geschichtsbetrachtung, insbesondere, was die Wertung der Rolle der deutschen Vorkriegssozialdemokratie, aber auch Rosa Luxemburg betraf. Im übrigen war ihm auch, wie seine Korrespondenz mit Pieck, Ulbricht und anderen über diese Fragen zeigt, eine gewisse Selbstüberschätzung als "Historiker" zu eigen.

Zum Druck dieser Arbeit kam es nicht mehr, wenige Monate später begann auch für das Emigrantenpaar Lindau der Krieg. Im Oktober 1941 wurden beide - zusammen mit der KPD- und Kominternführung - nach Ufa evakuiert und lebten dort in einem Kolchos. Als Rudolf Lindau Anfang 1942 nach Moskau zurückbeordert wurde und seine Frau ihm "eigenmächtig" folgte, beschäftigte dies sogar Pieck und Dimitroff.<sup>58</sup>

53 Ebd.

54 Pieck betonte, die "Dringlichkeit der Inangriffnahme" ergebe sich auch noch daraus, "daß es bei der Illegalität der Partei immer schwieriger wird, das Material zusammenzubringen", in: Ebd.

55 Vgl. ebd.

56 Vgl. ebd., RY I/I 2/3/33; RY I/I 2/3/34. Unter anderem war vorgesehen die "Herausgabe eines größeren Buches über K. Liebknecht in 2 Bänden". Lindau dazu: "Die Arbeit war schon ziemlich weit fortgeschritten und wurde durch die Verhaftung des Autors Kleist (Kerff) unterbrochen. Sollte er wieder freigelassen werden, so wäre die Beendigung der Arbeit durch ihn zweckmäßig, im anderen Falle müßte die Arbeit von einem anderen Genossen übernommen werden", in: Ebd., RY I/I 2/3/33.

57 Die Anlagen beinhalteten die Teile: "Lenin über deutsche Fragen", "Zur Revolution 1905. Zitate von Rosa Luxemburg, Liebknecht, Kautsky usw.", "Die SPD und die Gewerkschaften im Jahre 1913"; vgl. ebd., NY 4036/527.

58 Pieck schrieb am 13.1.1942 an Dimitroff, nach einem "sehr eindringlichen" Gespräch sei sie wieder zu dem Kolchos zurückgefahren. "Die Genossin hat damit immerhin bewiesen, daß sie sich an die Partei-

Im April 1942 begann Rudolf Lindau einen Einsatz als Lehrer für Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung an der Antifaschule im Kriegsgefangenenlager Nr. 74 bei Oranki; 1943 wurde die Schule nach Krasnogorsk bei Moskau verlegt. Lindau war zugleich auch Leiter des ca. 200 Kursanten umfassenden deutschen Sektors an der Antifaschule. "Gesundheitlich konnte der unteretzte Fünfziger sicherlich nicht aus dem vollen schöpfen. Violetrote Flecken im Gesicht deuteten auf Kreislaufstörungen hin. Dazu schien ihn ein Augenleiden zu quälen. Trotzdem strahlte er Energie und Leidenschaft aus, wenn er lehrte und erklärte."<sup>59</sup> Mitte Juli 1944 bat er aufgrund seines schlechten Nervenzustandes, Schwindelanfällen sowie Sehstörungen, um Entbindung von der Funktion des deutschen Sektortleiters. Die sowjetische Schulleitung nutzte dies in einem Schreiben an Pieck zu scharfer Kritik an Lindau. Dieser habe es "leider nicht verstanden [...], eine kameradschaftliche gemeinsame Arbeit der Lehrer des deutschen Sektors zu organisieren. Das Verhältnis unter den Lehrern des Sektors war äußerst zugespitzt und führte manchmal zu üblen Nachredereien. Der Genosse Grätz ist kein vollwertiger verantwortlicher Leiter des Sektors, v.a. auch darum, da er infolge seines begrenzten theoretischen Gesichtskreises nicht als ideologisch-theoretischer Leiter der Lehrer auftreten konnte und fast immer in prinzipiellen politischen Fragen mit seiner Meinung allein blieb".<sup>60</sup> Bereits im August 1942 war Lindau (zusammen mit Edwin Hoernle) kritisiert worden, seine Lektionen seien "zu abstrakt" und nicht "genügend haßmäßig".<sup>61</sup> Jedenfalls gelang es nicht, den oft eigenwilligen Lindau loszuwerden, da sich Pieck mit der Einschätzung nicht einverstanden zeigte und es im übrigen für zweckmäßig hielt, daß "die ganze Angelegenheit an zuständiger Stelle erörtert wird".<sup>62</sup>

Die relative Abgeschirmtheit des deutschen Emigrantenzirkels in Moskau, der enge Kontakt zu Pieck, aber auch die nachhaltige Dezimierung des potenten Kaderreservoirs hatten Lindau wieder in den engeren Führungskreis rücken lassen.<sup>63</sup> Am 25. Januar 1942 gehörte er zu den 60 Personen, die den "Aufruf an das deutsche Volk" unterzeichneten.<sup>64</sup> Der von 15 bekannten KPD-Funktionären unterschriebene Nachruf auf Thälmann am 17. September 1944 in der "Prawda" trug auch Lindaus Namen.<sup>65</sup> Vor allem jedoch galt dies für seine Berufung und Mitarbeit in der zwanzigköpfigen "Arbeitskommission" des ZK der KPD "zur

---

disziplin hält, wenn sie auch wiederholt in einer gewissen Verärgerung unüberlegte Ausdrücke auf dem Kolchos gebraucht hat. [...] Die Genossin hat sich sonst in ihrer Parteiarbeit und in ihrer Arbeit in der Komintern als eine durchaus zuverlässige Genossin erwiesen.", in: Ebd., NY 4036/539.

59 Rühle, Otto: Genesung in Jelabuga. Autobiographischer Bericht, Berlin(Ost) 1982, S. 329.

60 SAPMO-BArch, NY 4036/582.

61 Vgl. ebd., NY 4036/542.

62 Vgl. ebd., NY 4036/582.

63 Vgl. auch Erler, Peter: Heeresschau und Einsatzplanung. Ein Dokument zur Kaderpolitik der KPD aus dem Jahre 1944, in: Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen. Hrsg. v. Klaus Schroeder, Berlin 1994, S. 64.

64 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Teil II. Von 1917 bis 1945, Berlin(Ost) 1966, S. 438; vgl. auch: "Nach Hitler kommen wir". Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. Hrsg. v. Peter Erler, Horst Laude u. Manfred Wilke, Berlin 1994, S. 32ff.

65 Vgl. SAPMO-BArch, NY 4006/3.

Durcharbeitung einer Reihe politischer Probleme des Kampfes für den Sturz Hitlers und die Gestaltung des neuen Deutschland" ab März 1944.<sup>66</sup>

An den relativ regelmäßig jeden Montagabend 18.00 Uhr im Arbeitszimmer Piecks im Hotel "Lux" in Moskau stattfindenden Sitzungen (insgesamt 23 vom 6. März 1944 bis 26. März 1945) nahm Lindau 13mal teil. Aus den akkuraten Aufzeichnungen Piecks geht hervor, daß er zu den eifrigsten Diskutanten gehörte. Ausgehend von Erfahrungen aus der Arbeit mit Kriegsgefangenen, forderte er immer wieder, so am 23. März 1944, dringend zu einer realistischen Einschätzung der Lage in Deutschland nach elf Jahren Hitlerdiktatur auf:

"wir 11 Jahre getrennt von Massen  
Folgen -  
schiefes Verhältnis Partei zur Klasse".

Am 12. Juni 1944 kam er darauf zurück:

"Versagen nicht der Arbeiterklasse,  
sondern der Parteiführung  
Wir haben keine Analyse des Hitlerstaates  
was er in allem bedeutet".

Und weiter in selbstkritischer Sicht:

"Warum sich nichts im Lande rührt?  
Nicht auf Hitler nur Bezug -  
sondern auf Zeit vor ihm  
warum es nicht gelang - Massen in Kampf zu führen".

Am 10.4.1944 kritisierte er, die Diskussion basiere nicht auf der Lage und den sich daraus ergebenden Aufgaben. Im Hinblick auf Versuche, revolutionäre Erhebungen zu initiieren, meinte er relativierend:

"Aktionen größeren Umfangs -  
erst wenn noch deutlichere Niederlagen -  
hervortreten - ".<sup>67</sup>

Dies korrespondierte mit Überlegungen über die künftige Rolle *der* Partei und (oder) anderer Parteien. Bereits am 14. Januar 1944 hatte er unter dem Titel "Bemerkungen über die Rolle der Partei" geschrieben, "keine gesellschaftliche Kraft, mit welcher möglichen Autorität sie auch auftreten könnte, könnte den freiwilligen (nur um ihn handelt es sich) Verzicht auf das Wiedererstehen von Parteien durchsetzen". Das Entstehen (bzw. Wiedererstehen) verschiedener Parteien sei deshalb absolut sicher zu erwarten. Hinsichtlich der Bündnisfrage äußerte er sich skeptisch: "Die Bemühungen um die Zusammenfassung breiter Volksschichten bis weit in das Bürgertum gegen die volksfeindliche Hitlerbande stehen nach dem Sturze Hitlers vor einer völlig neuen Lage. [...] Unter den Umständen eine breite Volksbewegung ähnlich der Bewegung 'Freies Deutschland' als Basis unserer Massenpolitik zu schaffen und im Fluß zu halten, wird ungeheuer schwer sein. [...] Aber die deutsche Arbeiterklasse und die Masse

66 Vgl. ebd., NY 4036,499; vgl.auch "Nach Hitler kommen wir", S. 77ff. Daß Lindau hier lediglich als "Spezialist für Geschichte der KPD" vertreten war (vgl. ebd., S. 80), erscheint angesichts seiner vielfältigen Parteiarbeit vor 1933, insbesondere seiner Erfahrungen in der Parteischulung und -propaganda sowie seiner tatsächlichen Mitarbeit in der Arbeitskommission als zu einseitig.

67 SAPMO-BArch, NY 4036/501.

des Vortrupps ist in bezug auf eine kluge, reale, elastische, revolutionäre Bündnispolitik doch fast ohne Tradition. [...] Daß dieser Vortrupp nicht im Rahmen einer breiten Volkspartei formell unsichtbar werden (wer ließe sich so täuschen?) und faktisch doch in voller Kraft vorhanden sein und wirken kann, das scheint außer jedem Zweifel. [...] Schließlich gilt das oben Gesagte sinngemäß auch für das Entstehen einer anderen Partei [gemeint ist offensichtlich die Sozialdemokratie - J.S.], die sich aus den Reihen der Arbeiterklasse rekrutieren will. Verbieten kann man sie nicht".<sup>68</sup>

Diese Auffassung differierte offensichtlich mit der gerade zu dieser Zeit in der KPD-Führung vertretenen Meinung, man sollte von einer Rekonstruktion der Parteienlandschaft der Weimarer Zeit Abstand nehmen, also auch auf eine selbständige KPD verzichten und dafür eine kommunistisch gelenkte Sammelbewegung in Gestalt eines "Blocks" oder einer "Front" konstituieren.<sup>69</sup> Daß sich in der "Arbeitskommission" schließlich der Standpunkt durchsetzte, daß die Wiedergründung politischer Parteien als ein nicht wegzudenkender Faktor moderner gesellschaftlicher Organisation, als Ausdruck weltanschaulicher Positionen und Organisationsform sozialer Interessen nach dem Kriege nicht verhindert werden könnte<sup>70</sup>, daran dürfte auch Rudolf Lindau Anteil gehabt haben.

Neben der weiteren Tätigkeit als Lehrer an der Antifaschule in Krasnogorsk hielt Lindau auch Lektionen an der im September 1944 eröffneten Parteischule der KPD in Nagomoje nahe Moskau (Deckname: Objekt 12, auch "Schule fürs Land" genannt), die bis zu ihrer Schließung im Dezember 1945 fünf Kurse mit je 25 bis 30 Teilnehmern durchführte.<sup>71</sup> Zudem wurde er am 29. April 1945 mit der Ausarbeitung eines "Handbuches für deutsche Antifaschisten", "notwendig für die Bewaffnung der tätigen Antifaschisten in Rede und Schrift" beauftragt. Die Redaktion sollte in den Händen von Pieck, Paul Wandel (Klaßner) und Lindau liegen und beim "Institut 205" angesiedelt sein, wo auch Lindau angestellt sein sollte.<sup>72</sup> Das Handbuch sollte nach Lindaus Vorstellung "nur Tatsachen (Zitate, Dokumente, Zahlen) [...] enthalten [...], in sachlicher Eindringlichkeit die Beweiskraft verstärken und alle überflüssige Polemik und billige Schlagworte vermeiden".<sup>73</sup> Am 20. Juni 1945 klagte Lindau darüber, daß er mit der Arbeit "fast ganz allein" geblieben sei, so daß es zweifelhaft sei, ob in

---

68 Ebd., NY 4006/19.

69 Vgl. "Gruppe Ulbricht" in Berlin April bis Juni 1945: Von der Vorbereitung im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation. M. e. Geleitw. v. Wolfgang Leonhard. Hrsg. u. eingel. v. Gerhard Keiderling, Berlin 1993, S.70f.

70 Vgl. ebd.

71 Vgl. SAPMO-BArch, NY 4036/500; NY 4036/530; vgl. auch "Gruppe Ulbricht", (Anm. 69), S. 29. - Lindau hielt auch Lektionen in dem Ende Februar 1945 begonnenen Schulungskurs für etwa 150 deutsche kommunistische Emigranten über die zukünftige politische Arbeit in Deutschland, vgl. Leonhard, Wolfgang: Das kurze Leben der DDR. Berichte und Kommentare aus vier Jahrzehnten, Stuttgart 1990, S. 16.

72 Vgl. SAPMO-BArch, NY 4036/500; NY 4036/629. Das "Wissenschaftliche Forschungsinstitut 205", Tarnname des ehemaligen EKKI, bestand nach dem Auflösungsbeschuß der KI fort und diente der Nachfolgeeinrichtung, dem "Auslandsbüro" beim ZK der KPdSU(B) unter Leitung von Dimitroff.

73 Ebd., NY 4036/500.

der vorgesehenen Zeit der Gesamtplan restlos erfüllt werden kann. Schließlich teilte er am 20. September 1945 Pieck mit, daß er den Auftrag nicht zu Ende führen könnte.<sup>74</sup>

Inzwischen hatte sich die Rückkehr nach Deutschland angekündigt. Am 26. Juli 1945 forderte das Sekretariat des ZK der KPD Lindau aus Moskau zur Verwendung "für Parteschule" an.<sup>75</sup> Zwischen August und September 1945 sind Rudolf und Eva Lindau aus dem elfjährigen Exil nach Berlin zurückgekehrt. Am 3. Dezember 1945 wurde Lindau auf Beschluß des Sekretariats des ZK der KPD als Mitarbeiter der Agit.prop.Abeilung für den Sektor Parteschulung bestimmt<sup>76</sup>, ab Mitte Januar 1946 war er in der Abteilung Werbung und Schulung des ZK (Leiter: Fred Oelßner) verantwortlich für das Referat Parteschulung.<sup>77</sup>

Unmittelbar nach dem II. Parteitag der SED, am 1. Oktober 1947, beschloß das Zentralsekretariat die "Neubesetzung der Direktoren der Parteihochschule": An die Stelle von Willi Kropp und Bose traten als paritätische Direktoren Rudolf Lindau und Paul Lenzner.<sup>78</sup> Für kurze Zeit noch in Liebenwalde, wurde die Schule verlegt und am 10. Januar 1948 in Kleinmachnow eröffnet.<sup>79</sup> Rudolf Lindau hatte damit - noch einmal - eine in der Hierarchie der Partei wichtige und herausgehobene Funktion eingenommen. Unter der Leitung des mittlerweile 59jährigen, nach Aufhebung der Parität im Januar 1949 alleinigen Direktors leistete die Parteihochschule zweifellos einen entscheidenden Anteil zur Ausprägung der SED als stalinistischer "Partei neuen Typus"; von der SED-Gründung bis zum Juli 1949 absolvierten insgesamt 2674 Teilnehmer die unterschiedlichen Formen der Parteihochschule - Zweijahres- und Halbjahreslehrgänge, Kurz- und Sonderlehrgänge<sup>80</sup> - und wurden so auf wichtige Funktionen vorbereitet. Für seine Wahl dürften vor allem zwei Gründe ausschlaggebend gewesen sein: Er galt zum einen als absolut "prinzipienfest" und theoretisch erfahren (seinem "Partner" Paul Lenzner weit überlegen und die Gewähr bietend, daß die Parteschulung eine Domäne der früheren Kommunisten war und blieb<sup>81</sup>), zum anderen wurde der "wortkarge Altrevolutionär" (Hermann Weber) ob seines Charismas, seiner Kampf- und Lebenserfahrung geschätzt, und war somit, soweit dies überhaupt noch eine Rolle spielte, auch von den früheren Sozialdemokraten zu akzeptieren. Rudolf Lindau verkörperte zweifellos die vermeintliche Kontinuität kommunistischer Bewegung in Deutschland von Anbeginn. Zugleich muß seine ganz maßgebliche Rolle bei der Stalinisierung der Parteihochschule unterstrichen werden. Er führte mit harter Hand und paßte sich auch jetzt allen Änderungen der Parteilinie widerspruchs-

74 Ebd. - Das Manuskript der ausgearbeiteten Teile des Handbuches befindet sich im Nachlaß von Rudolf Lindau (SAPMO-BArch, NY 4006).

75 Vgl. Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946. Bd. I. Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis April 1946. Bearb. v. Günter Benser u. Hans-Joachim Krusch unter Mitarb. v. Hans Meusel, München/New Providence/London/Paris 1993, S.44ff.

76 Vgl. ebd., S. 127f.

77 Vgl. ebd., S. 151.

78 Vgl. SAPMO-BArch, IV 2/2.1/135.

79 Vgl. ebd., IV 2/2.1/160.

80 Vgl. ebd., NY 4182/924.

81 Vgl. SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. I. A. d. Arbeitsbereiches Geschichte u. Politik d. DDR a. d. Universität Mannheim u. d. Instituts f. Zeitgeschichte München hrsg. v. Martin Broszat u. Hermann Weber, München 1990, S. 492.

los an.<sup>82</sup> Seine in dieser Zeit veröffentlichten Beiträge, insbesondere die von 1947 bis 1950 in einer Auflage von 100000 Exemplaren erschienene Broschüre "Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", erzielten Massenverbreitung und bildeten über lange Zeit eine Grundlage der historisch-theoretischen Parteiarbeit. Sie trugen damit ganz erheblich zur Durchsetzung einer dogmatischen, streng an der Linie und den Interessen der Partei ausgerichteten Geschichtsschreibung bei.

In seine Amtszeit fiel freilich auch die Flucht des Parteihochschuldozenten Wolfgang Leonhard nach Jugoslawien im März 1949. "Der Parteivorstand war gezwungen, sich anlässlich des Falles Leonhard mit der schlechten Arbeit der Parteihochschule [...] zu befassen", klagte Pieck auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950.<sup>83</sup> Am 11. September 1950 beschloß das Sekretariat des ZK, Rudolf Lindau als Direktor der Parteihochschule abzuberufen und "mit einer neuen Aufgabe" zu betrauen.<sup>84</sup> Nachdem er am 5. September überraschend von Fred Oelßner über die bevorstehende Ablösung informiert worden war, hatte er sich am 7. September in höchster Not an Pieck gewandt. Dieses Schreiben kennzeichnet auf prägnante Weise sowohl Lindaus politisch-moralische Haltung als auch sein bedingungsloses Funktionieren im politischen System des Stalinismus. Besonders war ihm darum zu tun, im Zusammenhang mit der Ablösung nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, "daß ich auch irgendwie mit den eben verurteilten Parteifeinden Tuchfühlung gehabt hätte, nachdem eben erst der Lehrabteilungsleiter Hans Teubner deswegen entlassen wurde und weitere Maßnahmen im Beschluß des ZK<sup>85</sup> angekündigt worden sind." Er behauptete nun, den "ungeschickten und unrealen organisatorischen Plänen von Hans Teubner teils skeptisch, teils ablehnend" gegenüber gestanden zu haben und beklagte "Hans Teubners verhängnisvolle weichliche Neigung, sich nicht ein selbständiges Urteil zu bilden, sondern sich dem Energischeren unterzuordnen". Und weiter: "Die Genossen des Politbüros werden verstehen, daß ich keinen Schatten auf meine seit 44 Jahren fleckenlos erhaltene Parteihre fallen lassen möchte". Auch eine Verantwortung für den "Fall Leonhard" wies er weit von sich: "Wenn aber Genosse Fred Oelßner keine (so auch diese) Gelegenheit vorübergehen läßt, mir den Schurken Leonhard in die Zähne zu werfen, so muß man (und das habe ich sofort getan) darauf hinweisen [...], daß Leonhard ein hinter agitatorischer Geschäftigkeit getarnter doppelzünglerischer Feind *schon war*, als er jahrelang unter der Leitung des Genossen Oelßner in der damaligen Schulungsabteilung arbeitete. Es wäre parteimäßig, wenn Genosse Oelßner gelegentlich die selbstkritischen Schlußfolgerungen parteioffiziell gezogen hätte. Aber keinesfalls ist es statthaft, daß Genosse Oelßner sich ausschweigt und nur uns und mir fortgesetzt den Mistkerl vor die Nase hält. [...] Meines Wissens habe *nur ich* den sich überall anschmierenden Agen-

82 Vgl. dazu ausführlich: Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1987, S. 418ff.; Ders.: Spurensuche. 40 Jahre nach Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1992, S. 180, 202-204, 230.

83 Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 20. bis 24. Juli 1950 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. 1.-3. Verhandlungstag, Berlin 1951, S. 102.

84 Vgl. SAPMO-BArch, I IV 2/3/137.

85 Gemeint ist offensichtlich die "Erklärung des Zentralkomitees und der Zentralen Parteikontrollkommission zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service Committee Noel H. Field" vom 24.8.1950, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Bd. III, Berlin 1952, S. 197-213.

ten Leonhard schon vor 1947 wegen seiner geschäftstüchtigen Schluderei in der Presse und wegen seiner moralischen Haltlosigkeit eine Heinz-Neumann-Laufbahn prophezeit [sic!], freilich ohne seine Vergangenheit zu kennen und ohne zu ahnen, daß er damals schon ein ausgewachsener Schuft war. So kam es, daß der Agent Leonhard vor den Genossen Daub und Hentschke von der Kaderabteilung 'entschuldigend' ausführte, daß er sich nicht auch an mich gewandt hätte, weil ich ihn schon 1947 so schroff behandelt habe". Lindau hielt sich auch zugute, den "Agenten" Möhring (tätig als Assistent in der Lehrmittelabteilung) im Herbst 1948 "überführt" zu haben, "leider vermochte er sich nach Westen abzusetzen". "Auch Leonhard hätte bei sorgfältiger Wertung aller Umstände (selbst wenn man noch keine handfesten Beweise hatte) nicht auf die Parteihochschule geschickt werden dürfen. Ebenso der als hemmungsloser kleinbürgerlicher Schwätzer und Wirkkopf längst bekannte Stambula, der ebenfalls später als Tito-Agent im Westen auftauchte".<sup>86</sup> So ergibt sich das Bild, daß die Ablösung Lindaus von der Funktion des Parteihochschuldirektors nicht etwa auf eine politische "Unzuverlässigkeit" oder mangelnde "Wachsamkeit" seinerseits zurückzuführen war, sondern insbesondere auf die Animosität zwischen ihm und Oelßner, der an seine Stelle Hanna Wolf, die besondere Favoritin Ulbrichts, setzen konnte.

Rudolf Lindau wurde nun - ab 15. Oktober 1950 bis zu seinem Tode mit fast 90 Jahren - hauptamtlicher wissenschaftlicher Mitarbeiter des "Marx-Engels-Lenin-Instituts" beim ZK der SED und erhielt den Auftrag, mit den Arbeiten an der Biographie Ernst Thälmanns zu beginnen.<sup>87</sup>

Diese beschäftigte ihn - in typischer Arbeitsweise - für die nächsten Jahre. Noch im Mai 1945 hatte er - von Pieck dazu aufgefordert - an einem Manuskript von Willi Bredel über Thälmann heftige Kritik geübt: "Geschichtliche Details können nicht 'aus dem Kopf' gegeben werden und wo auf sie nicht verzichtet werden kann, müssen sie exakt sein."<sup>88</sup> Dieses Bemühen kennzeichnet seine - im übrigen für die Forschung sehr ergiebige - Korrespondenz mit zahlreichen Zeitzeugen.<sup>89</sup> "Wir brauchen die typischen Tatsachen, die Ernst so zeigen, wie er war", schrieb er am 17. Oktober 1952.<sup>90</sup> Und am 28. April 1956: "Die Legende vom geborenen Sozialisten war wegzuräumen, ist es noch."<sup>91</sup> Das hinderte ihn freilich nicht, selbst, und wieder ganz in Übereinstimmung mit der Parteilinie, an der Legendenbildung um Thälmann teilzunehmen. Am 13. März 1952 wandte er sich mit einem Planentwurf an das Politbüro: "Die Biographie kann keine Parteigeschichte sein [...]. Uns fehlt zunächst eine Sammlung exakten, überprüften Materials." Abgabetermin sollte Ende 1951/Anfang 1952 sein, die ganze Arbeit 12 bis 15 Druckbögen umfassen.<sup>92</sup> Indessen wuchs in der SED-Führung, offenbar unter dem Einfluß Ulbrichts und Oelßners, Unwillen gegenüber Lindaus Anliegen. Auf seinen Entwurf hin erhielt er keine Antwort; am 9. Mai 1951 wandte er sich daher nochmals

86 SAPMO-BArch, NY 4036/663a.

87 Vgl. ebd., I IV 2/3/144.

88 Ebd., NY 4006/3.

89 So mit Jacob Walcher, Albert Schreiner, Hans Peiffer, Kurt Schumann, Friedrich Dettmann, Wilhelm Eildermann, Paul Tastesen, Walter Bartel, Hermann Duncker, Hugo Gräf, Fritz Globig, Ernst Wollweber und anderen; vgl. ebd., NY 4006/26; NY 4006/27.

90 Ebd., NY 4006/26.

91 Ebd., NY 4006/28.

92 Vgl. ebd., NY 4006/26.

an Ulbricht, "ob der am 13.3.1951 auf Anforderung eingereichte Plan gebilligt wird und ob Hilfskräfte zur Verfügung gestellt werden."<sup>93</sup> "Über den Planentwurf liegt keine Entscheidung vor", schrieb er daraufhin am 18. Juli 1951 an Fred Oelßner. "Darf man die Sache noch ernst nehmen? Ich habe keine Lust, mich auf ein Abstellgleis zu bewegen".<sup>94</sup> Auch eine vom Sekretariat des ZK gebildete Kommission, der Ulbricht, Oelßner und Otto Winzer angehörten, nahm keinen Kontakt zu Lindau auf. Doch immer noch blieb dieser optimistisch: "Nach schriftlichen Äußerungen des Gen. W. Pieck ist die Lage in bezug auf die Thälmann-Arbeit jetzt so, daß ich die Arbeit fortsetze mit dem Ziel, sie (in Abhängigkeit von den Arbeitsbedingungen und meiner Arbeitsfähigkeit) im kommenden Jahr abgeschlossen vorzulegen."<sup>95</sup> Doch dazu kam es nicht mehr. Völlig überraschend für ihn, beschloß das Politbüro am 26. Mai 1953: "Gen. Lindau wird nicht als Autor der Thälmann-Biographie bestätigt".<sup>96</sup> "Als die Lage klar war", so Lindau später darüber, "habe ich wenigstens die Broschüre über Ernst Thälmann geschrieben".<sup>97</sup> Diese erschien unter dem Titel "Ernst Thälmann - Leben und Kampf" im Umfang von 35 Seiten 1956 im Ost-Berliner Dietz Verlag. Zusammen mit Ulbricht und Anton Ackermann war Rudolf Lindau durch das Politbüro am 13. November 1951 auch als "Berater für das Gestalterkollektiv des Thälmann-Films" eingesetzt worden.<sup>98</sup> Dies entbehrte freilich auch nicht einer gewissen Portion Komik, insbesondere da, wo es um offenkundige Geschichtsklitterung ging.<sup>99</sup>

---

93 Ebd.

94 Ebd.

95 Ebd.

96 Ebd., I IV 2/2/282.

97 Ebd., NY 4182/1363.

98 Ebd., IV 2/2/176. - Es handelte sich um die beiden DEFA-Produktionen "Ernst Thälmann - Sohn seiner Klasse" (Regie: Kurt Maetzig, Drehbuch: Michael Tschesno-Hell u. Willi Bredel, Premiere: 12.3.1954) sowie "Ernst Thälmann - Führer seiner Klasse" (Regie: Kurt Maetzig, Drehbuch: Michael Tschesno-Hell u. Willi Bredel, Premiere: 7.10.1955). Vgl. Kleine Enzyklopädie Film, Leipzig 1966, S. 761f.

99 Am 15.10.1953 konsultierte Sepp Schwab, Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Filmwesen, Lindau wegen einer Szene im 1. Teil, "in der eine Sitzung zur deutschen Frage im Kreml dargestellt wird. In dieser Sitzung werden Lenin und Stalin und andere sowjetische Freunde gezeigt und von deutscher Seite Clara Zetkin, Thälmann, Pieck, Ulbricht, Florin, Heckert und andere. In der Darstellung ist gerade der Moment festgehalten, wo nach einem Gespräch Lenins mit Thälmann Lenin zu Stalin die bekannten historischen Worte spricht über Thälmann als den zukünftigen deutschen Arbeiterführer [...]. Wann kann eine solche Beratung [...] erfolgt sein? Glaubst Du, daß wir uns erlauben können, einfach eine Szene zu erfinden [...]?" Lindau antwortete, "ob man die fragliche Szene erfinden kann, ist die allgemeine Frage, inwieweit auch ein historischer Film an die historischen Tatsachen gebunden ist. Darüber gibt es offenbar verschiedene Meinungen, die leider (soweit ich weiß) nicht diskutiert wurden. Meine Antwort [...] wurde schon in der Beurteilung des Drehbuches angesprochen: Bei aller notwendigen Freiheit der künstlerischen Bearbeitung [...] erscheint mir nicht zweckmäßig und nicht erlaubt, etwas darzustellen, was historisch nicht möglich war, was so sehr unrichtig ist, daß der Zuschauer und Zuhörer falsch belehrt und in seinem historischen Urteil verwirrt wird [...]. (Dein Brief enthält die Wendung: 'die bekannten historischen Worte' Lenins. Soll das heißen historisch verbürgt? Darüber kenne ich weder Dokument noch Aussage [...]) Der Zuschauer-Hörer-Leser, der den Film ohne (unsere) Einschätzung als historisch echt auffaßt, kommt beim Lesen der Geschichte auf Widersprüche, die ihn verwirren. Zum Schaden des Films und der Geschichte [...]. In allen Arbeiten wird der Film zu sehr als eine Sache der KPD behandelt [...]. Die breite Behandlung der innerparteilichen Vorgänge drängt die Aufmerksamkeit zu sehr davon ab, daß

1953 wurde Lindau zum Professor mit Lehrauftrag (2 Stunden Lektion wöchentlich) an der Hochschule für Planökonomie Berlin-Karlshorst ernannt, er war gleichzeitig als Lektor und Konsultant der Abteilung Propaganda des ZK der SED, als Mitglied des Wissenschaftlichen Rates des Museums für Deutsche Geschichte Berlin sowie als Artikelautor für die Parteipresse tätig.<sup>100</sup> Sein hauptsächliches wissenschaftliches Interesse galt der Geschichte der deutschen Linken vor und während des ersten Weltkrieges sowie der KPD. Dabei ging es immer wieder um die Frage der "großen Verspätung" bei der Gründung der KPD<sup>101</sup>, um Theorie und Praxis des angeblichen "Luxemburgismus" (den er selbst scharf bekämpfte, wie viele seiner Schriften ausweisen), um die These vom "Versagen der Massen"<sup>102</sup>, um die notwendige Differenzierung innerhalb der Linken (insbesondere zwischen Liebknecht und Luxemburg), um das Verhältnis zwischen Spartakusgruppe und Bremer bzw. Hamburger Linksradiakalen (deren historisches Verdienst in der Frage der Partei er immer wieder betonte<sup>103</sup>) sowie um offenkundige Idealisierung. Über Clara Zetkin schrieb er am 7. Januar 1956: "Clara hat sich immer (früher oder später) von alten politischen Freunden schwer getrennt, was natürlich nicht ihrer 'weiblichen Schwäche' oder ihrer Gutherzigkeit, sondern ihrem Schwanken in Grundfragen, vor allem auch in Fragen der Partei, zuzuschreiben ist. Das verschweigen, führt zu einem schiefen Bild, einer verkrampften, geschichtlich unmöglichen Idealisierung der Linken [...]. Die gedankenlose oder bequeme Idealisierung ist freilich leichter als die komplizierte Wahrheit [...]. Grobe Vereinfachung ist kein Marxismus, Idealisierung auch nicht, aber eben deswegen immer wieder anzutreffen."<sup>104</sup>

Ganz unzweifelhaft: Dieser und zahlreiche andere Vorstöße Lindaus betrafen stets nur sekundäre Probleme. An der grundsätzlichen Linie und Aufgabenstellung der SED-Führung an die Historiker, zur Legitimierung ihrer Herrschaft und zur Bewußtseinsbildung der Bevölkerung beizutragen, wollte auch Rudolf Lindau nichts ändern. Ganz im Gegenteil, mit seinen Funktionen und Publikationen trug er ganz wesentlich zur Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren bei. Auch seine Arbeiten entsprachen einer dogmatisch verzerrten Geschichtsdarstellung und trugen die Merkmale stalinistischer Historiographie. Sie waren strikt "parteilich", die Geschichte der KPD und der Linken wurde auch in ihnen mittels einseitiger Auswahl und voreingenommener Bewertung verzerrt.<sup>105</sup> Wenn dennoch auf seine mitunter beharrenden, durchaus polemisch angelegten und kritischen Beiträge, die sich gewiß abhoben in der zunehmend trister werdenden, weil schon völlig ausgerichteten Parteigeschichtsschreibung dieser Jahre, mit

---

E. Thälmann und seine Genossen für Klasse, Volk und Nation kämpften [...]. Liest sich wie eine Art Disposition für einen Zirkel der Parteigrundschulung." SAPMO-BArch, NY 4006/27.

100 Vgl. ebd., NY 4182/1363.

101 Vgl. Lindau, Rudolf: Einige Bemerkungen zur Herausbildung der KPD. In: Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Protokoll der wissenschaftlichen Tagung des Instituts für Gesellschaftswissenschaften, der Parteihochschule "Karl Marx" und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED am 22./23. Januar 1959 in Berlin anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der KPD, Berlin 1959, S. 62.

102 Vgl. Lindau, Rudolf: Arbeiterklasse und SPD-Führung beim Ausbruch des ersten Weltkrieges. Kritik einer unmarxistischen Darstellung in einem Buch von Jürgen Kuczynski, in: Einheit, 3/1958, S. 381ff.

103 Vgl. ders.: Revolutionäre Kämpfe 1918-1919. Aufsätze und Chronik, Berlin 1960, S. 36.

104 SAPMO-BArch, NY 4006/28.

105 Vgl. Weber, Hermann: Kommunismus in Deutschland 1918-1945, Darmstadt 1983, S. 8.

einer solchen Schärfe und Gereiztheit reagiert wurde, so zeigt dies nur, wie empfindlich das System auf jeden, auch den geringsten, und sei es auch von einem altkommunistischen Funktionär wie Rudolf Lindau vorgetragene Ansatz des Abweichens von vorgegebenen Denk- und Verhaltensmustern reagierte. Daß stets zurückgeschlagen wurde, diente seiner und anderer ständigen Disziplinierung - mit dem ganzen Repertoire von Diffamierung und Diskreditierung, der üblichen Prozedur von Kritik und (bei Lindau verlangter, aber durchaus verweigerter) Selbstkritik, von Demütigung und Maßregelung.<sup>106</sup> Bei Lindau bedeutete dies auch, daß ihm schon bald, gefördert von offizieller Seite, der Ruf eines starrsinnigen Querulanten vorseilte.

1956 kam es in der "Einheit", dem theoretischen Organ der SED, zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Lindau und deren Chefredakteur, dem Politbüromitglied Fred Oelßner. Auf das Verhältnis zur Sozialdemokratie eingehend, kritisierte Lindau "das Verhalten in der bequemen, gedankenlosen, aber gefährlichen Vereinfachung, die alte Walze vom Verrat ohne Differenzierung und ohne Rücksicht auf die Wirkung und politische Zweckmäßigkeit abzuspielen".<sup>107</sup> Oelßner warf Lindau daraufhin "Irreführung der öffentlichen Parteimeinung" vor, bezichtigte ihn der "Unwahrheit" und unterstellte, "daß Genosse Lindau das Amt eines Zensors und obersten Schiedsrichters in Sachen der marxistischen Geschichtswissenschaft in Anspruch nimmt".<sup>108</sup> Lindaus neuerliche Replik wurde daraufhin nicht mehr in der Einheit abgedruckt; eine Kopie sandte er jedoch an Ulbricht: "Die meines Wissens in unserer Partei einzigartige Ablehnung von Kritik und wissenschaftlichem Meinungsstreit ist selbstverständlich von vielen Genossen vermerkt worden. [...] Man kann das Recht auf Kritik an einer Arbeit über ein historisches Thema nicht einem Genossen streitig machen, ohne es allen Genossen zu bestreiten."<sup>109</sup>

Oelßners Ablösung im Februar 1958 gab Lindau die Möglichkeit, wieder stärker in die aktuelle Forschungs- und Propagandaarbeit einzugreifen, insbesondere anlässlich des 40. Jahrestages der Novemberrevolution. Er rechnete es sich durchaus als Verdienst an, daß "die These von dem schlechthin bürgerlichen Charakter der Novemberrevolution allgemein nicht mehr vertreten", daß "das starke sozialistische Element in der Novemberrevolution" betont sowie "die Charakterisierung der Räte schlechthin als das gefügige Werkzeug des bürgerlichen Parlaments allgemein abgelehnt" wurde.<sup>110</sup> Auch an den Diskussionen um den "Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" 1960 bis 1962 war er aktiv be-

---

106 Vgl. dazu: Neuhäuser-Wespy, Ulrich: Geschichtswissenschaft unter der SED-Diktatur. Die Durchsetzung der Parteilinie in den fünfziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 39/96, 20.9.1996, S. 21; Ders.: Die SED und die Historie. Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren, Bonn 1996.

107 Lindau, Rudolf: Ideologische Verwirrung in prinzipiellen Fragen, in: Einheit, 11/1956, S. 1124.

108 Oelßner, Fred: Über den Bruderkampf in der Arbeiterbewegung (Eine Antwort an den Genossen Lindau), in: Ebd., 12/1956, S. 1258ff.

109 SAPMO-BArch, NY 4182/1363. Lindau bezog sich in seinem Artikel in der "Einheit" auf die von Fred Oelßner verfaßte Broschüre "Das Kompromiß von Gotha und seine Lehren", die ab 1951 in hoher Auflage im Ost-Berliner Dietz Verlag erschienen war.

110 Ebd., NY 4006/28; vgl. auch: Lindau, Rudolf: Zur Frage der Räte und der Linken in der deutschen Arbeiterbewegung, in: Die Oktoberrevolution und Deutschland. Protokoll der wissenschaftlichen Tagung in Leipzig v. 25.-30.11.1957. Bd. I, Berlin 1958, S. 137.

teiltigt. "Unverständlich bleibt", kritisierte er den Entwurf, "warum nicht wenigstens angedeutet ist, daß es in den Jahren 19/23 in der Partei einen linken Flügel gab und daß ganz große Bezirke zum ZK in Opposition standen. Die Ursachen sind nicht nur in den Wachstumskrankheiten der Partei, sondern auch vor allem darin zu suchen, daß erst Levi und dann Brandler so viel Angriffsfläche boten, daß eine höchst unterschiedlich zusammengesetzte (also unschwer zu differenzierende) Linke entstehen konnte. Und Brandler konnte eben deswegen diesen Zustand der fraktionellen Strömung in der Partei nicht beseitigen [...]. Es gibt Tendenzen, alles zu glätten, dabei geht jede Entwicklung der Partei im Kampf gegen äußere und innere Schwierigkeiten zum Teufel" (Interessant auch sein Vorschlag, in dem Grundriß auch die Entwicklung von SPD, USPD und der Gewerkschaften parallel erscheinen zu lassen).<sup>111</sup>

Doch seine Aktivitäten wurden immer argwöhnischer betrachtet. "Nach unserer Meinung [...] erhält seine Haltung zum Beschluß des 2. Plenums des ZK<sup>112</sup> und zu den Arbeiten des Genossen Ulbricht von vornherein eine aggressive Note. Die langen Ausführungen, die Gen. Prof. Lindau in den Sitzungen zu Detailfragen macht, haben ohne Zweifel den Fluß der Arbeiten am Entwurf der Periodisierung gehemmt. Die Mitarbeit des Gen. Prof. Schreiner ist weit konstruktiver", hieß es in einer Information Kurt Hagers an Ulbricht vom 19. Juli 1960.<sup>113</sup>

Im Dezember 1961 kam es zum offenen Eklat. Auf der 14. Tagung des ZK trat Hanna Wolf auf und erklärte: "Es gibt solche Märchen: Genosse Ulbricht sei hart und ungeduldig. Ich muß sagen, ich habe eine ganz andere Erfahrung. Neulich nahm ich an einer Sitzung der Historischen Kommission teil, deren Vorsitzender Genosse Ulbricht ist. Dort ist ein Genosse so aufgetreten, daß mir fast der Kragen geplatzt ist. Ich habe Dich bewundert, Genosse Ulbricht, mit welcher Geduld Du Dir das alles erstmal angehört und dann geantwortet hast. Ich muß sagen, ich habe dabei viel gelernt."<sup>114</sup> Schnell sprach sich herum, wer gemeint war. Lindau reagierte mit einem mehrseitigen Pamphlet unter dem Titel "Über die Stellung zum wissenschaftlichen Meinungsstreit", das er an Ulbricht und zahlreiche weitere Adressaten richtete. "Wenn Genn. Hanna Wolf den gedämpften Trommelklang und die Temperamentlosigkeit zur Parteipflicht machen will, muß sie das offen sagen, begründen und dosierte Regeln vorschlagen [...]. Da es sich in Wirklichkeit um einen Angriff auf das Prinzip des wissenschaftlichen Meinungsstreites handelt, muß ich mit den mir zur Verfügung stehenden bescheidenen Mitteln versuchen, die von Genn. Hanna Wolf durch die Presse verbreitete Darstellung zu korrigieren."<sup>115</sup>

<sup>111</sup> Vgl. ebd., NY 4182/1363.

<sup>112</sup> Gemeint ist die 2. Tagung des ZK der SED (18./19.9.1958), auf der Ulbricht den "Bericht der Kommission zum Entwurf der Thesen des ZK: 'Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland' erstattet hatte und das ZK eine vom Politbüro eingesetzte Kommission beauftragt hatte, "Thesen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" auszuarbeiten; vgl. Communiqué der 2. Tagung des Zentralkomitees, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Bd. VII, Berlin 1961, S. 353.

<sup>113</sup> SAPMO-BArch, NY 4182/1363.

<sup>114</sup> Neues Deutschland, 5.12.1961, S. 6.

<sup>115</sup> SAPMO-BArch, NY 4182/1363.

Der Gegenschlag folgte prompt. Am 13. Januar 1962 wurde er von der Direktion des Instituts für Marxismus-Leninismus aufgefordert, über seine Arbeitsleistungen in den letzten 12 Jahren, Parteiaufträge, über den Stand der Arbeit zur Vorbereitung einer Thälmann-Biographie (!) sowie die Niederschrift seiner Erinnerungen Rechenschaft abzulegen. Unterstellt wurde sogar, er halte institutseigenes Archivmaterial zurück. Am 5. Januar 1962 hatte er an die Parteileitung und Direktion des Instituts für Marxismus-Leninismus (IML) geschrieben: "Selbstverständlich ist - wie die praktische Ablehnung des wissenschaftlichen Meinungsstreites immer - das Schweigen auch in diesem Fall ein ungewolltes Eingeständnis der Schwäche. Selbstverständlich ist auch, daß trotz der Schweigetaktik die wissenschaftlichen Tatsachen sich letzten Endes durchsetzen werden". Er wiederholte: "Es geht um einen Angriff auf den wissenschaftlichen Meinungsstreit, um die [...] Unterdrückung des wissenschaftlichen Meinungsstreites, der in Worten anerkannt und in Taten bekämpft wird. [...] Im IML, das seinem Charakter nach ein Hort des wissenschaftlichen Meinungsstreites sein sollte, mußte jeder Schritt auf diesem Wege [...] erkämpft werden. [...] Etwa gleichzeitig trug der Leiter der Geschichtsabteilung zur Verteidigung seiner dem wissenschaftlichem Meinungsstreit feindlichen Position die aus dem Arsenal aller Opportunisten und Revisionisten bekannte faule Ausrede vor, es dürfe über gewisse Fehler und Fragen nicht geschrieben (auch nicht gesprochen) werden, denn der Feind höre mit".<sup>116</sup> In Partei- und Mitarbeiterversammlungen des IML wurde auf Lindau daraufhin starker Druck ausgeübt, der in einem Beschluß über die Einleitung eines Parteiverfahrens gipfelte.

Inzwischen war die "Auseinandersetzung mit Gen. Prof. Rudolf Lindau" (so der Titel der Akteneinheit im Nachlaß Walter Ulbrichts) längst zur "Chefsache" geworden. Alles lief über das zuständige Politbüromitglied Kurt Hager und Ulbricht, der alle vorgelegten Materialien aufmerksam las. Zugleich ergibt sich aus den Quellen, daß Ulbricht durchaus nicht der hauptsächliche, zu "Konsequenzen" treibende Gegenspieler war. Freilich fühlte er sich von den Angriffen des alten Kampfgenossen (beide hatte noch nie ein besonders enges persönliches Verhältnis verbunden) gereizt, insbesondere da, wo es sich um die Rolle der Spartakusgruppe handelte. Auch sah er seine Kompetenz als "führender Historiker" der DDR in Frage gestellt. Aber er nahm Lindaus Hinweise und Korrekturwünsche durchaus ernst, wie ein Brief an Lothar Berthold vom 20. November 1961 ausweist.<sup>117</sup> Daß er also ein "Verfahren wegen Plattformbildung" eingeleitet habe und daß hier eine Nähe zu den Vorgängen um Walter Janka und Wolfgang Harich zu sehen sein soll<sup>118</sup>, ergibt sich aus dem gesamten

116 Ebd., NY 4006/29.

117 Vgl. ebd., NY 4182/1363.

118 Vgl. Seewald, Berthold: "Zur Lumperei hinreißen lassen". Wie Ulbricht 1962 gegen den SED-Historiker Rudolf Lindau ein Verfahren wegen "Plattformbildung" einleitete, in: *Die Welt*, 31.7.1991, S. 17. Seewald schreibt von dem "unbekannten Fall des Rudolf Lindau" und unterstellt "die Gründung einer Fraktion im Einheitsgebäude der Partei". Er schildert die scharfen Auseinandersetzungen in der Parteiorganisation des IML und merkt im Zusammenhang mit der Eröffnung eines Parteiverfahrens an, "in der Regel wurde man erst nach dem Parteiausschluß vor ein Gericht gestellt". Schließlich wird gar ein "staatliches Hochverratsverfahren" vermutet. "So rückte der verdiente Genosse Rudolf Lindau ins Fadenkreuz der Partei. Doch der Schuß unterblieb. Warum?" Daß ein "Hochverratsverfahren" gegen Lindau angesichts seiner tatsächlichen Kritikpunkte und seiner politischen Biographie überhaupt erwogen worden sein könnte, erscheint schon ziemlich absurd. Der Autor übersieht ebenfalls, daß Lindau -

Material nicht. Vielmehr deutet alles daraufhin, daß eine Gruppe um Hanna Wolf in der Parteihochschule und im IML, gedeckt und unterstützt von Kurt Hager, zu den Initiatoren der Auseinandersetzung gehörte, die freilich nun nicht zimperlich vorgingen. "Auf Anforderung" verfaßte Heinz Wohlgemuth, Professor an der Parteihochschule, eine scharfe Kritik an dem bereits 1958 (!) erschienenen Buch Lindaus "Revolutionäre Kämpfe 1918/19" und kam zu dem Ergebnis, daß dieses "in wichtigen Grundfragen den Erfordernissen einer marxistischen Geschichtsschreibung der Novemberrevolution nicht entspricht". Nun, nach vier Jahren, wurde Lindau vorgeworfen, das Buchmanuskript "ohne Kenntnis des Instituts an den Dietz Verlag gegeben" und die "Autorisierung durch das Institut abgelehnt" zu haben.<sup>119</sup> Auch sei es "historisch nicht gerechtfertigt", stellte die Abteilung Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung des IML in einem Gutachten vom 19. Januar 1962 fest, "die Bremer Linksradikalen hinsichtlich ihrer Rolle und Bedeutung neben oder gar über die Spartakusgruppe zu stellen. Gegen die marxistisch-leninistische Einschätzung der Linksradikalen sowie ihrer Rolle und der Rolle der Spartakusgruppe trat besonders Gen. Rudolf Lindau wiederholt auf [Dieser Passus von Ulbricht handschriftlich unterstrichen - J.S.]. Mit seinem Bemühen, das Primat der Linksradikalen gegenüber der Spartakusgruppe herauszuarbeiten, ignoriert Gen. Lindau die Einschätzung Lenins, die Thesen des ZK (ein Beschluß der Partei!), die Ausführungen des Gen. Ulbricht zur Begründung der Thesen auf der 2. Tagung des ZK [...] und den Hinweis des Gen. Matern auf der Konferenz der 3 Parteiinstitute [...]. Wenn man so vorgeht, wie Gen. Lindau, würde man die Kontinuität der führenden nationalen Rolle der Kommunisten in Frage stellen. Das wäre eine Misere-Darstellung, mit der man das Bewußtsein der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen nicht entwickeln, ihren Optimismus nicht fördern kann [Ebenfalls von Ulbricht handschriftlich unterstrichen - J.S.]. All das kann nur den Gegnern der Partei dienen und bedeutet im Grunde ein Anzweifeln der Richtigkeit der Politik unserer Partei heute."<sup>120</sup>

Das war schon starker Tobak, und daß Lindau nun nicht dem 14köpfigen Autorenkollektiv der "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" in acht Bänden, die 1966 erschien, angehörte, war damit nur folgerichtig. Auch in der vom Museum für Deutsche Geschichte herausgegebenen Publikation "120 Jahre deutsche Arbeiterbewegung in Bildern und Dokumenten", die 1965 erschienen war, wurde Lindau nicht einmal erwähnt. Doch Selbstkritik übte er nicht, er blieb aktiv im Sinne seiner Überzeugungen, zwar als "Parteiveteran" regelmäßig mit hohen Auszeichnungen geehrt, aber von der offiziellen Parteigeschichtsschreibung gemieden und weitestgehend ignoriert. Die Ablösung Ulbrichts und den Machtantritt Erich Honeckers verband der schon im hohen Alter stehende, aber noch immer rüstige und geistig aktive Lindau denn auch mit großen Hoffnungen. Daß er nun wieder etwas stärker akzeptiert wurde, hing freilich auch mit der Tatsache zusammen, daß sein Schwager Horst Sindermann inzwischen höchste Partei- und Staatsämter eingenommen hatte. Immerhin intervenierte Lindau bei Honecker erfolgreich gegen die Herausgabe der Thälmann-Biographie des sowjetischen Historikers D. S. Dawidowitsch.

---

pünktlich zu seinem 75. Geburtstag im März 1963 - mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold ausgezeichnet wurde, was ohne Zustimmung des Politbüros und Ulbrichts persönlich unmöglich war.

119 Vgl. SAPMO-BArch, NY 4182/1363.

120 Ebd., NY 4182/1366.

1989 erschien im Dietz Verlag der vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR herausgegebene Band "Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien". Gerade weil das Buch "nur von Vorkämpfern und Mitstreitern [handelte], die nicht mehr unter uns weilen" (S. 5) und sich ausdrücklich als "Vorarbeit für eine Geschichte der sozialistischen deutschen Geschichtswissenschaft" (S. 6) verstand, suchte man darin die Lebensgeschichte des Rudolf Lindau vergeblich. Lag es am "unzureichenden Forschungsvorlauf" oder an "arbeitsbedingten Absagen von Autoren", wie im Vorwort voraus-eilend bekräftigt wurde? Oder hatte die SED, zwölf Jahre nach seinem Tod, trotz aller offiziellen Bekundungen, noch immer nicht ihren Frieden mit dem unbequemen Kommunisten gemacht?

Rudolf Lindau war kein "Widerständler", kein Oppositioneller, schon gar kein Reformkommunist. Die Stalinisierung der KPD hatte aus dem wißbegierigen und klugen Arbeiterjungen, unduldsamen Linksradi-kalen und kämpferischen Parteisekretär der frühen zwanziger Jahre jenen "Prototyp des Funktionärs [gemacht], der jederzeit die (oft wechselnde) 'Linie' mitmachte, der sich freiwillig unterordnete und als 'Parteisoldat' Disziplin übte".<sup>121</sup> Auch bei ihm begünstigte die emotionale, geistige und materielle Abhängigkeit von der Partei und der Komintern zugleich die Durchsetzung der Stalinisierung. Die Ablösung als Pol.Sekretär 1927, die Abschiebung in die Provinz 1930, die Jahre des Terrors im sowjetischen Exil, die Absetzung als Parteihochschuldirektor 1950, schließlich die Ereignisse in den fünfziger und sechziger Jahren, all das waren Zäsuren, die immer wieder zu seiner ständigen und nachdrücklichen Disziplinierung beigetragen haben. Dabei hielt er das stalinistische System ohne Zweifel für historisch richtig und bewahrenswert und diente ihm mit ganzer Kraft, ohne jemals auch nur eines seiner charakteristischen Merkmale in Frage zu stellen. Ein Dogmatiker blieb er bis an sein Lebensende. Zugleich hatte er sich von seinen radikal-sozialistischen Anfängen gewisse Rudimente eines Selbstverständnisses bewahrt, das Kritik und Selbstkritik und den Meinungsstreit (unter stalinistischen Bedingungen freilich eine Fiktion, wie er immer wieder gelehrt bekam) einforderte und Beharrungswillen voraussetzte, auch wenn es sich nur auf sekundäre Probleme bezog. Dabei verstand er es allerdings durchaus geschickt, den Spielraum, den ihm seine Biographie und der Nimbus des "verdienten Parteiveteranen" (der sich ohne Zweifel mit persönlicher Einfachheit verband) gaben, zu nutzen und gleichzeitig zu wissen, gegen wen und wie weit er sich vorwagen durfte. Auch persönliche Rivalitäten und, wie gesehen, Animositäten, spielten dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle. So spiegeln sich in dem Lebenskreis des Rudolf Lindau auf ganz besondere Weise Aufstieg und Niedergang der kommunistischen Bewegung in Deutschland wider.

---

<sup>121</sup> Weber, Hermann: Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 40/91, 27.9.1991, S. 27.